

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw.

Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Winterfeldstr. 21. Fernsprecher: Amt VI. 6188. Redakteur: Emil Erdmann.

Berlin, den 26. Februar 1909.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags. Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ vierteljährlich durch die Post (ohne Postgeld) 2.— Mk. Fernbestellung siehe Nr. 3161.

Inhalt.

Wie soll unsere Organisationsarbeit im neuen Jahre beschaffen sein? — Wie ist das Heil- und Pflegepersonal für die Organisation zu gewinnen? — Die Organisation des Arbeiterverhältnisses durch den Moit und Logiszwang. — Fachkommission für das Badegewerbe. — Aus der Praxis. — Das unserer Bewegung. — Hand-Aben. — Briefkasten.

Wie soll unsere Organisationsarbeit im neuen Jahre beschaffen sein?

Unser Appell in Nr. 2 der „Sanitätswarte“ hat uns ersten Lebensjahr bereits einige Artikel und Zuschriften eingetragen. Mit vorübergehender Arbeit eröffnen wir die Diskussion. Wenn wir uns auch nicht in allen Einzelheiten mit dem Einsender einverstanden erklären können, so lehnen wir es dennoch ab, bei jeder abweichenden Meinung in diesem wie in nachfolgenden Artikeln ausdrücklich unseren Standpunkt zu präzisieren. Nur so weit tatsächliche Mängelstellungen usw. erforderlich sind, werden wir diese zum besten geben. Am übrigen können wir falls erforderlich bei Schluß der Diskussion zusammenfassend auf das Thema zurückkommen. Die Redaktion

Wenn wir wie in Nr. 1 der „Sanitätswarte“ schreiben auf unsere Organisationsarbeit vom verflochtenen Jahre zurück blicken, so muß man wohl sagen: „Biel war's nicht, was wir ge leistet haben.“ Es muß deshalb unsere Aufgabe sein, Fehler, die wir gemacht haben, zu erkennen, um sie zu vermeiden. Wenn ich hier von Fehlern spreche, so ist damit nicht gemeint, daß wir mit unserer Organisationsarbeit an verschiedenen Stellen vorbei ge hauen haben, sondern daß wir vieles unterlassen haben, was hätte gesehen werden können.

Der Pflegerstand setzt sich aus allen Berufsständen zusammen. Zu einem Teil aus Leuten, die in ihrem Beruf nicht mehr recht weiter kommen und nun in der Anstalt ein Unterkommen gefunden haben; zum anderen Teil aus Leuten, die die Krankenpflege nur vorübergehend betreiben, bis sich wieder eine Gelegenheit findet, in den alten Beruf zurückzugeben. Solche Leute zu organisieren, ist schwer, und schwerer noch dies besser, als gerade derjenige, der mitten in der Mitarbeit steht. Hier hört man so viel Vorurteile und nachlässige Ansichten, daß man oft verzagen möchte. Dieser Punkt ist meines Erachtens noch lange nicht genügend gewürdigt worden.

Den Vertrauensleuten muß hier mehr leicht verständliches Material in die Hände gegeben werden. Zeitungsartikel und Flugblätter, die für andere Arbeiter ohne weiteres verständlich sind, für einen Pfleger sind sie dies noch lange nicht. Man verißt zu oft, daß unsere Organisation noch in den Minderheiten steckt, und daß man zu Minderen ganz anders sprechen muß, wie zu erwachsenen Leuten.

Wie oft habe ich schon hören müssen: „Von dem, was Ihr wollt, verstehe ich doch nichts.“ Ich meine nun, was man nicht versteht, muß einem gelebt werden, und wenn die Kollegen unsere Sprache nicht verstehen, so muß man in ihrer Sprache mit ihnen reden. Es sollten mehr Flugblätter unter die Kollegen gebracht werden, in denen überhaupt mit mal die ganze Misere unseres heutigen Wir-

tschaftsstandes beleuchtet wird; in leicht faßlicher Form natürlich. Wenn man die Kollegen über die unüberbrückbare Kluft, die zwischen arm und reich besteht, gründlich aufgeklärt hat, dann sollte es meiner Ansicht nach nicht mehr so schwer sein, die Kollegen zu organisieren.

Wohi Aufmerksamkeit! muß es also im neuen Jahre heißen. Und sollte man auch hier nicht allgemein vorgehen, sondern man muß die Kranken, die oft noch viel rückständiger sind wie die Männer, besonders berücksichtigen. In Mainz wurde unlänglich unserer Programmberatung anerkannt, daß, da die Kranken dieselben Pflichten haben, demnach auch dieselben Rechte, das heißt denselben Lohn fordern sollten. Bis jetzt ist in dieser Hinsicht aber noch nichts getan. Also, mehr Aufklärung unter den Kranken und mehr Gleichberechtigung für dieselben! Vor einigen Jahren versuchte ich, der „Gleichheit“ unter den Kolleginnen Eingang zu verschaffen. Es ist mir dies auch so ziemlich gelungen, so daß, nach verhältnismäßig kurzer Zeit 15 Pflegerinnen auf die „Gleichheit“ abonniert waren. Durch den ewigen Wechsel, der unter dem Pflegerpersonal herrscht, schließ die Sache dann später wieder ein. Doch habe ich daraus die Gewißheit gewonnen, daß auch die Pflegerinnen für gute Sachen zu interessieren sind. Es würde sich dann noch vielleicht lohnen, wenn man unsere Kolleginnen die „Gleichheit“ gratis liefert. Ein Vorteil wäre es auf jeden Fall, wogegen die paar Mark Mehrausgaben gar nicht ins Gewicht fallen.

Der Kollege Bürger machte in Mainz den Vorschlag, eine Reichssekktion für das Pflegerpersonal zu gründen. Damals wurde der Vorschlag abgelehnt. Ich glaube aber doch, daß wir da bei nicht so schlecht gefahren wären. Warum der Vorschlag keine Gegenliebe fand, war wohl der Kostpunkt. Ich meine aber, wir hätten dann heute schon eine Mitgliederzahl, die die Kosten ganz allem aufbringen könnte. Wenn ich auch nicht auf dem Standpunkt stehe, daß die Pfleger, weil sie eben „Herren“ und keine Arbeiter sind, von den anderen städtischen Arbeitern getrennt werden müßten, so hätten wir aber bei einer Reichssekktion den Vorteil gehabt, daß wir die große Zahl der Pfleger in den Privat-Anstalten leichter für uns gewinnen hätten, wogegen es heute, wo die Aktialen die Anstalten mitbearbeiten, ungemein schwer fällt, gerade diese Kollegen zu gewinnen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir heute eine Organisation hätten, die es wohl wagen könnte, ein Wortchen mitzureden.

Die Frage, ob jetzt die Situation zur Bildung einer Reichssekktion noch so günstig ist, möchte ich dagegen verneinen, denn einmal ist es verfehlt, alle paar Jahre die Organisationsform zu wechseln, zum anderen dürften auch die Aktialen, die sich den Krankenpflegern besonders gewirmt haben, schon soweit in die Materie eingedrungen sein, daß ein besonderes Eingreifen seitens des Verbandsvorstandes nun neue Verwirrung in den Köpfen der Kollegen anrichten könnte.

Vielleicht findet auch der Dreedener Verbandstag Mittel und Wege, wie man das Pflegerpersonal besser unter einen Hut bekommt. Besser wäre es allerdings, wir warteten nicht erst auf den Verbandstag, sondern wir, die Krankenpfleger selbst, suchten und fanden den Weg, um vorwärts zu kommen. Wenn die Vertrauensleute angehalten würden, viertel oder halbjährlich ihre Berichte in der „Sanitätswarte“ abzugeben, so würde das Interesse unter den Kollegen mehr geweckt werden; es würden mehr

tenna sein, um diesen Zwang beseitigen zu können. Schon im Interesse einer größeren Sicherheit und annehmlicheren Gestaltung des Arbeitsverhältnisses müssen die Gewerkschaften es sich angelegen sein lassen, den Kampf gegen den Most und Vogis zuzwang mit aller Energie zu führen. Je kräftiger die Organisation, je zahlreicher ihre Mitglieder, desto eher wird es ihr gelingen, diesen lästigen Zwang zu beseitigen. Die Gesetzgebung wird sich erst dann dazu bewegen, diesen Zwang zu verbieten, nachdem es den Gewerkschaften in der Hauptstadt gelungen ist, sich davon frei zu machen.

Schlichtungskommission für das Badegewerbe.

Zusatz vom 27. Januar 1909.

Anwesend sind seitens der Arbeiter die Herren Wahl, Mohl, Jochenauer, Bauer, von den Arbeitnehmern die Kollegen Meißner, Lehrenberg, Engel, Entloff. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Kollege Meißner die Frage auf, ob etwa die vom „Berein der Badeanstaltsbeleger Berlins und der Vororte“ erfolgte Abkündigung eines Tarifabkommens mit unserer Sektion sich auch auf andere Mitglieder in der Schlichtungskommission erstrecken soll. Herr Engel, Vertreter des genannten Vereins, bejaht dies und erklärt, daß bei Streitigkeiten mit Kollegen seiner Gruppe die Vertreter der Verbandssektion von der Beratung ausgeschlossen seien. Darauf wurde erwidert, daß unterdessen dann kein Interesse an der Sitzung mehr vorliege und andere Vertreter sich entfernen würden. Herr Jochenauer von der „Arzten Vereinigung der Badeanstaltsbeleger“ wandte sich ebenfalls gegen die Exkommunikation des „Bereins“, er sagte, wenn das so gehoben werden soll, dann macht er nicht mit. Nach einer Sonderberatung der „Bereins“ Vertreter verhandelte man nun dahin, die Streitfrage dem Schlichtungsausschuss des Berliner Gewerbevereins zur Entscheidung zu überbreiten.

Zur Verhandlung standen drei Beschlüsse gegen die Bestimmung des Tarif, welcher das Arbeiten im Putztag verbietet. Die Badeanstaltsbeleger Paris (St. Klara) und Meritens haben trotz dem am Putztag des vorigen Jahres ihre Anstalten geöffnet. Der Schlichtungsausschuss will nicht anerkennen, daß er schließen mußte. Ein Bescheid hat ihn zum Putztag verpflichtet, worauf er auch zum nächsten Jahre. Herr Wahl verpflichtete sich schließlich, den Tarif fallen lassen einzubringen. Herr Meißner befragt den ihm von Vertretern Arbeitnehmern Parteien gemachten Vorwurf, weshalb er seinen Patienten zu Putztag angehalten und auch eine gute Empfehlung erhalten haben soll. Der vorerwähnte Bademeister antwortete, daß er Putztag aus und unterrichtete seine am Tage vor dem Putztag anwesenden Patienten, die er selbst als Putztag abhielt. Der Badeanstaltsbeleger Meißner ließ sich durch Herrn Wahl befragen, weshalb er beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Schlichtungskommission sich wiederholt mit Meißners Schattungen mühte und dieser überhaupt ohne Rücksicht auf den Tarif nachlässig verfuhr, die ganze Sache der Schlichtungskommission der Staatsanwaltschaft zu überweisen. Meißner spricht sich nun aus, indem er sich solchen Vergleichs den Anstaltsbesitzer der eventualität auszuweisen, daß ihm die Anstaltsbesitzer Vorwissen mitzuteilen werden. Die Kommission war anderer Meinung und beschloß, gegen eine Stellung der Heberweisung an die Schlichtungskommission der Staatsanwaltschaft. Die Anstaltsbeleger Wahl und Meißner erhielten einen Bescheid, ferner wurden ihnen die Kosten für die Heberweisung über auferlegt.

Aus der Praxis.

Die Wirkung der Mollensäurebäder. Der Gebrauch von Mollensäurebädern bei Hautkrankheiten ist überaus häufig geworden. In gerabten Anstalten, die ihren Besuchern solche Bäder geben, haben manchen Zustand, und auch in Badeanstalten und im Hause ist ihr Gebrauch etwas gewöhnliches geworden. Dr. Kasper stellt in der „Allgemeinen Wiener Medizinischen Zeitung“ die Aufmerksamkeit auf die Frage, ob nicht in gewissen Fällen der Gebrauch von Mollensäurebädern nützlich oder gar schädlich sein könnte. Die Frage erhebt sich anfangs vielleicht etwas befremdlich, da ja über das Verhalten des Blutes, des Pulses und auch der Stromstärke im Mollensäurebad sorgfältige Untersuchungen längst angestellt worden sind. Gleichwohl ist aus deren Ergebnissen, im Hinblick ihres unindividuellen Wertes, kein näherer Schluß zu ziehen, und die Erfahrung kann allein für die Beurteilung möglicher Gefahren der Mollensäurebäder maßgebend sein. Die Patienten, die man am häufigsten darunter befragt, haben sich nicht als maßhaltig erwiesen. Man beobachtete naturgemäß, daß ihre Blutruckstaugende Spannung in Fällen, wo ihnen eine kräftige Steigerung des Blutdruckes vorlag, bedeutend werden konnte. Es ist jedoch sehr zu bemerken, daß dies ebenfalls wie bei anderen dazwischenliegenden Mitteln, das den blutleitenden Blutdruck in die Höhe treibt, den gesteigerten bewirkt. Man erklärt dies dadurch, daß die Mollensäure durch

Reizwirkung Erweiterungen verschiedener Gefäßgebiete bewirkt, wodurch die Blutverteilung geändert und die Widerstände im Kreislauf entsprechend reguliert werden. Man ist daher in ärztlichen Kreisen allmählich zu der Meinung gelangt, daß außer in Fällen hochgradiger Herzschwäche kein Bedenken gegen die Verwendung von Mollensäurebädern vorläge. Gleichwohl lehrt die ärztliche Praxis, daß diese manchen Patienten nicht nur nicht nützen, sondern so schlecht betommen, daß sie nicht zur Fortsetzung der Kur zu bewegen sind. Direkt verschlimmernde Wirkungen haben sich ausschließlich bei Personen, die an nervösen Herzschwächen litten, gezeigt. Die Symptome solcher Zustände, wie übermäßige Atemnot, starke Herzschmerzen und Herzklappen bei normalem Herzmuskel, sind stets ein Warnungssignal, daß Mollensäurebäder bedenklich sein würden. Diese Symptome nehmen bei ihrem Gebrauch noch zu, während ein Reihe anderer Mittel, z. B. Abreibung mit Krampfbraunwein, höher temperierte Halbbäder, Umschläge von Zimmertemperatur u. a., meist von vorzüglicher Wirkung sind. Die Mollensäurebäder geben hinsichtlich ihrer Verwendbarkeit mit dem Digitalis parallel. Wo dieser schlechte Wirkungen zeitigt, sind auch jene nicht am Platze. Heberflüssig sind sie auch bei kompensierten Herzklappenfehlern. Auch die Art der Anwendung der Mollensäurebäder ist bisweilen nicht die richtige. Häufig treten Mißerfolge auf, weil der Kranke auf die Kur nicht entsprechend vorbereitet wird. Es ist zweckmäßig, ihr einige indifferentere Zoolbäder voranzugehen zu lassen. Auch zu hohe oder zu niedrige Temperatur des Zoolbades ist für die Wirkung von großem Belang. Kühle Bäder wirken stärker als wärmere. Es empfiehlt sich daher, mit 34 Grad Celsius zu beginnen und von Woche zu Woche um je einen Grad herabzugehen bis zur unteren Grenze von 28 Grad. Auch die Dauer der Bäder wird vielfach zu hoch bemessen. Wenn man mit 8 Minuten beginnt und bis 15 Minuten steigt, so dürfte das richtige getroffen sein. Bäder von 25 bis 30 Minuten sind entschieden zu lang. Auch darf man nicht vergessen, zu reichlicher Einatmung der Mollensäure zu verhüten, indem man eine Tasse über die Nase legt. Somit ist eine ganze Reihe von Vorichtsmaßregeln beim Gebrauch der Mollensäurebäder unerlässlich.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Eine gemeinschaftliche Versammlung des Personal der Krankenhäuser Mohl und Friedrich tagte am 11. Februar in der „Brauerei Radeboer“, Turnstraße. Generalkonferenz nahmen an der Versammlung teil: Die sozialistischen Mitglieder des „Vereins der Krankenwärter“. Der Versammlung standen die sozialistischen Mitglieder, der aus besonders im Beruf des Pflegepersonals liegt, erläuterte, schilderte sie in sorgfältiger Weise die schwierigen Vohn und Lohnverhältnisse, denen unsere Berufsstände ausgesetzt sind. Es sei soziale Pflicht, nach dem Beispiel der anderen Arbeiterkassen sich zu organisieren, um hier andere Verhältnisse zu schaffen. Jeder Teil soll belohnt die Medern für ihre vorzüglichen Ausführungen. In der Diskussion trat ein Kollege verändernde Wünsche an die Hand der Friedrichs Krankenhäuser. Besonders wurde über die mangelnde Mostlage geklagt, die trotz der Vorformulierung in letzter Zeit noch immer nicht besser geworden sei. Kollege Meißner zeigte, wie wenig Aufmerksamkeit selbst von Staats- und Gemeindefürsorge beachtet werden, wenn es gilt, ihre Betriebe zu Arbeiterbetrieben für die Arbeiterkassen zu gestalten. Die Privatwirtschaft sei in der Entlohnung der Arbeiter den Monopolen voraus. Am schließlichen wurden die Angehörigen der Krankenhäuser und Schenkstätten entlohnt. Der beste Beweis dafür, wie schlecht unsere Kollegen noch organisiert seien; denn es fehlte nur einmal die Tatsache, daß, wo die Arbeiterkassen seit Vereinat ist, auch die Vohn- und Arbeitsverhältnisse besser sind. Nachdem noch einmal zum Ausbruch unserer Organisation aufgeföhrt wurde, erfolgte Schluß der Versammlung. Mehrere Aufnahmen im nächsten Verband war der Inhalt des Abends.

Schöneberg. Am 31. Januar und 17. Februar fanden für das Personal des Augusta Victoria Krankenhauses zwei Versammlungen statt. Kollege Zabel referierte über „Warum müssen sich die Angehörigen des A. V. M. eine Vertretung im Arbeiterausschuss verschaffen“. In seinen Ausführungen um Medern auf einige Mängel, welche im Krankenhaus bestehen, ein Ausbehalten entgegen er die neue Haus- oder Arbeitsordnung einer klaren Mittel. Durch diese Ordnung werden alle Angehörigen, gleichviel, ob Pflege- oder Hauspersonal oder Sanitätswärter, in das Dienstbotenverhältnis gebracht. Jede Zeit ist es, daß der Wähler, welche durch eine solche Arbeitsordnung den Vorkosten zu geben ist, ein Ende bereitet wird. Dieses kann dadurch gegeben, daß die Angehörigen ein Beitritt in dem für die Arbeiter der Stadt Schöneberg bestehen. Der Arbeiterausschuss bekommt, unter dem Namen, daß aber der Arbeiterausschuss nur dann eine legitime Tätigkeit ausüben kann, wenn ihm durch eine gute Organisation der Arbeiterkassen ein Schluß der Medern sein mit großem Vorteil aufgenommenen Vortrag. Alle Medern sprachen sich in der Diskussion um Ziele des Arbeiterausschusses. Daß es den Kollegen und Kolleginnen erst in eine

